

# Antrag F01: Jungsozialistische Perspektiven zum Nahostkonflikt

Laufende Nummer: 61

<b>Antragsteller*in:</b>	Juso-Bundesvorstand
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	F - Frieden und Internationales
<b>Antragsblock:</b>	F – Frieden & Internationales

## 1 **Warum wir diesen Antrag verfasst haben**

2 Nicht erst seit dem 07. Oktober 2023 ist der Nahostkonflikt eines der relevantesten  
3 politischen Themen weltweit. Der grauenvolle und antisemitische Überfall der Hamas  
4 auf verschiedene Orte an der Grenze zu Israel stellte eine neue Stufe der Gewalt und  
5 Eskalation dar. Das Leid der Geiseln und ihrer Familien erschüttert uns auch nach  
6 einem Jahr weiterhin zutiefst. Auch die darauffolgenden Ereignisse mit dem Einmarsch  
7 der israelischen Armee in den Gaza-Streifen, die Spannungen in der Westbank, der  
8 Raketenbeschuss auf Israel aus dem Iran, dem Libanon, Syrien, Irak, Jemen und durch  
9 verschiedenste Terrororganisationen sowie das Leiden der Zivilbevölkerung,  
10 insbesondere in Gaza und auch im Libanon, machen uns betroffen. Die Auswirkungen der  
11 Eskalation im Nahen Osten sind bis in die Hochschulen der USA und Europa, auf den  
12 Straßen überall auf der Welt spürbar. Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus  
13 steigen rasant an und die gesellschaftliche Debatte ist von Vorurteilen, Hass,  
14 Fehlinformationen und einseitigen Betrachtungen geprägt. Nicht das erste Mal streitet  
15 sich die politische Linke massiv über den Nahen Osten und steht sich unversöhnlich  
16 gegenüber. Als Jusos sehen wir uns als Teil der progressiven Linken, weshalb uns  
17 neben der gesellschaftlichen auch die innerlinke Debatte nicht kalt lässt. Hinzu  
18 kommt, dass wir in der Region mit dem Willy-Brandt-Center Jerusalem eines der wenigen  
19 Projekte vor Ort haben, welches sich explizit um den Austausch zwischen jungen,  
20 progressiven Israelis und Palästinenser\*innen kümmert, um langfristig  
21 friedensstiftende Maßnahmen zu fördern. Auch diese Arbeit ist unter den aktuellen  
22 Bedingungen kaum möglich. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir trotz all dieser  
23 schrecklichen Umstände eine Perspektive für unsere Arbeit in der Region und  
24 friedensfördernde Maßnahmen geben. Wir wollen uns klar positionieren, aber dabei  
25 nicht einseitig instrumentalisieren. Wir wollen Leid benennen, aber uns nicht mit dem  
26 Aussprechen zufriedengeben. Wir wollen die aktuelle politische Situation in all ihrer  
27 grausamen Realität beschreiben, aber nicht von unseren jungsozialistischen Utopien  
28 abrücken, die wir seit Jahrzehnten mit unseren Partner\*innen vor Ort diskutieren. Wir  
29 erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber halten es für notwendig, unserem  
30 Verband und der Partei eine Positionierung mit auf den Weg zu geben, die durch einen  
31 Diskussionsprozess mit dem Verband entstanden ist. Dabei haben wir uns mit  
32 verschiedenen Aspekten der aktuellen und auch der grundlegenden politischen Debatte  
33 beschäftigt und aus unserer internationalistischen und antifaschistischen  
34 Grundhaltung diskutiert. Wir sprechen uns für einen echten Frieden aus, der die  
35 Sicherheitsinteressen von Israelis und Palästinenser\*innen in der Region  
36 berücksichtigt. Denn nur ein solcher echter Frieden kann das Leiden beenden.

## 37 **Warum wir uns generell im Nahostkonflikt engagieren**

38 Unser Engagement zum Nahostkonflikt ist einem zentralen Grundsatz unserer Arbeit

39 geschuldet: Unser Kampf für eine befreite Gesellschaft hat keine Grenzen! Wir setzen  
40 uns für Leben in Würde für alle Menschen ein, gegen Gewalt und Krieg.

41 Wir glauben nicht, dass wir als Jusos und als deutsche politische Linke von hier aus  
42 den Konflikt lösen und Frieden schaffen können. Wir sind davon überzeugt, dass dies  
43 nur die involvierten Konfliktparteien vor Ort schaffen können. Jedoch sind wir davon  
44 überzeugt, dass wir an den notwendigen Bedingungen für Frieden mitarbeiten können und  
45 den Betroffenen eine Stimme geben können. Dazu bieten wir Raum für Austausch zwischen  
46 progressiven Kräften aus beiden Seiten des Konfliktes und unterstützen sie in ihrer  
47 Arbeit.

48 Dennoch: Niemand von uns wird aus Deutschland heraus den Nahostkonflikt lösen.  
49 Echten, dauerhaften Frieden und Sicherheit für Israelis und Palästinenser\*innen wird  
50 es nur durch harte politische Arbeit progressiver Kräfte in Israel und Palästina  
51 geben, die auf Solidarität, Dialog und Gerechtigkeit ausgelegt sind.

52 Wir wollen bei unseren Partner\*innen in der Region auf friedliche, gerechte und für  
53 alle sichere Lösungen hinwirken, ohne dabei progressiven Kräften ihre jeweiligen  
54 Perspektiven und Narrative abzusprechen. Dabei teilen wir mit unseren Partner\*innen  
55 die Vision eines palästinensischen und eines israelischen Staates, die friedlich  
56 nebeneinander existieren und wo Israelis und Palästinenser\*innen selbst entscheiden  
57 können, ob und wie stark sie miteinander leben möchten.

58 Das Willy-Brandt-Center Jerusalem, gegründet 1996 von der damaligen Juso-Vorsitzenden  
59 Andrea Nahles, stellt für uns noch immer den wichtigsten Ort dar, an dem wir diese  
60 Arbeit voranbringen können. Es spielt in Kriegszeiten eine wichtige Rolle, um  
61 Begegnungsräume für progressive Kräfte in einer Zeit schwindender politischer  
62 Möglichkeiten vor Ort zu schaffen. In Friedenszeiten werden wir jede Chance nutzen,  
63 die politische Reichweite des Willy-Brandt-Centers zu vergrößern und es näher an die  
64 alltägliche Verbandsarbeit bei den Jusos zu holen.

#### 65 **Wie eine friedliche Konfliktlösung möglich werden kann**

66 Historisch betrachtet wurde eine Vielzahl von mehr oder weniger erfolgreichen  
67 Versuchen unternommen, um den Konflikt zu befrieden. Als Teil des Willy-Brandt-  
68 Centers Jerusalem sehen wir es als unsere Aufgabe, Frieden nicht aus weiter Ferne zu  
69 diktieren, sondern im Austausch mit unseren Partner\*innen friedenspolitische  
70 Antworten zu entwickeln, zu verbreiten und zu unterstützen. Dabei ist in eine eher  
71 kurzfristige und eine langfristige Perspektive auf die aktuelle Situation zu  
72 unterscheiden, um der Komplexität des Konfliktes gerecht zu werden.

73 Für ein Ende des aktuell laufenden Krieges zwischen Israel und der Hamas sowie die  
74 Hamas unterstützenden Organisationen und Staaten ist es notwendig, dass bestimmte  
75 Grundlagen jeweils akzeptiert und in konkretes politisches Handeln umgesetzt werden.

76 Wir setzen uns daher für ein **Ende der Gewalt und Angriffe auf Zivilist\*innen auf**  
77 **beiden Seiten** ein. Zivilist\*innen dürfen nicht als menschliche Schutzschilde, eigene  
78 zivile Infrastruktur nicht für militärische Zwecke missbraucht werden. Zivilist\*innen  
79 leiden mit am meisten unter der Kriegssituation, sind oft Angriffen nahezu schutzlos  
80 ausgesetzt und verdienen eine Perspektive auf ein besseres Leben.

81 Insbesondere die Zivilist\*innen in Gaza und im Libanon haben kaum Schutz vor  
82 Angriffen und sind daher in der aktuellen Kriegssituation besonders gefährdet und  
83 haben vielfach ihr Leben verloren. Das zum Teil **völkerrechtswidrige Vorgehen der**

84 **aktuellen rechtsextremen Regierung in Israel verurteilen wir** und werden sowohl die  
85 Regierung als auch ihr Vorgehen in enger Abstimmung mit unseren israelischen  
86 Partner\*innen auch weiterhin kritisieren. Die weitere Zerstörung des Gazastreifens  
87 muss in Hinblick auf die **Perspektive von palästinensischer Selbstbestimmung**, die wir  
88 im weiteren Verlauf des Antrags noch konkreter beschreiben, verhindert werden.  
89 Außerdem fordern wir die **Freilassung von Gefangenen, die ohne Verdachtsfall von der**  
90 **IDF und/oder radikalen Siedler\*innen festgenommen wurden**. Die israelische  
91 Administrativhaft darf kein Instrument der willkürlichen Festnahme von  
92 Palästinenser\*innen sein, da sie gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstößt. Bei  
93 berechtigten Verdachtsfällen müssen faire Gerichtsprozesse von israelischer Seite  
94 sichergestellt werden. Die menschenwürdige Unterbringung muss sichergestellt werden.  
95 Um die Zivilist\*innen zu unterstützen, ist es notwendig, dass der **Zugang und die**  
96 **Versorgung durch Nahrungs- und Hilfsmittel vollständig sichergestellt ist**.  
97 Medizinische und humanitäre Hilfen müssen bei den Leidtragenden ankommen und dürfen  
98 nicht durch militärische Angriffe, Diebstahl oder unnötig verzögernde Kontrollen  
99 zurückgehalten werden. Hilfsorganisationen müssen ihrer Arbeit nachgehen können, ohne  
100 von noch stärkeren Gefahren, als sie sowieso schon ausgesetzt sind, bedroht zu  
101 werden.

102 Das UN-Palästinenserhilfswerk (UNRWA) spielt eine zentrale Rolle bei der humanitären  
103 Versorgung der Menschen in Gaza und der Westbank, insbesondere angesichts der  
104 dramatischen humanitären Lage, die sich durch das Verbot der Organisation auf  
105 israelischem Staatsgebiet weiter verschärft hat. Wir kritisieren dieses Vorgehen der  
106 israelischen Regierung scharf, da es faktisch das Ende der UNRWA-Aktivitäten in Gaza  
107 und der Westbank bedeuten könnte.

108 Gleichzeitig erkennen wir an, dass es berechnete Kritik an der UNRWA gibt,  
109 insbesondere im Hinblick auf Vorwürfe über mangelnde Unabhängigkeit und potenzielle  
110 Verbindungen zur Hamas. Diese Vorwürfe und Zweifel müssen unabhängig und umfassend  
111 aufgearbeitet werden. Hierbei muss sichergestellt werden, dass es keine Verbindungen  
112 zwischen der UNRWA und terroristischen Strukturen gibt und dass die Organisation den  
113 humanitären Standards und den Grundsätzen der Vereinten Nationen entspricht.

114 Dennoch bleibt klar: Ein Verbot der UNRWA führt zu einer weiteren Verschärfung der  
115 ohnehin katastrophalen humanitären Situation in Gaza. Die internationale Gemeinschaft  
116 muss sicherstellen, dass es weiterhin eine funktionierende und unabhängige humanitäre  
117 Organisation gibt, die die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet und den Menschen  
118 eine Perspektive bietet.

119 Durch den schrecklichen und antisemitischen Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.  
120 Oktober 2023 wurde der israelische Staat in seinen Grundfesten erschüttert. Insgesamt  
121 1139 Menschen wurden an diesem Tag von der Hamas ermordet. Es handelt sich hierbei um  
122 den größten Massenmord an Jüdinnen\* und Juden seit der Shoa. Die Entführung der 250  
123 Geiseln stellt eine weitere nicht aushaltbare Situation dar. Einige Geiseln konnten  
124 durch Gefangenenaustausche freikommen, auch die IDF befreite einige Geiseln, aber die  
125 Mehrheit wurde entweder bereits tot aufgefunden oder befindet sich - unklar ob lebend  
126 - weiterhin in den Händen der Hamas. Daher ist für uns klar, dass die **bedingungslose**  
127 **Freilassung aller Geiseln** eine Grundvoraussetzung für ein Ende des Krieges ist.  
128 Ebenfalls stehen wir hinter dem **Recht Israels auf Selbstverteidigung innerhalb der**  
129 **Grenzen des Völkerrechts** und verurteilen die andauernden Angriffe auf Israel aus dem

130 Gaza-Streifen durch die Hamas, dem Libanon durch die Hisbollah, dem Iran durch das  
131 iranische Regime, aus dem Irak und dem Jemen oder

132 Oktober 2023 wurde der israelische Staat und die israelische Gesellschaft in seinen  
133 Grundfesten erschüttert. Insgesamt

134 1139 Menschen wurden an diesem Tag von der Hamas ermordet. Es handelt sich hierbei um  
135 den größten Massenmord an Jüdinnen\* und Juden seit der Shoa. Die Entführung der 250  
136 Geiseln stellt eine weitere nicht aushaltbare Situation dar. Einige Geiseln konnten  
137 durch Gefangenenaustausche freikommen, aber die Mehrheit wurde entweder bereits tot  
138 aufgefunden oder befindet sich - unklar ob lebend - weiterhin in den Händen der  
139 Hamas. Daher ist für uns klar, dass die **bedingungslose Freilassung aller Geiseln** eine  
140 Grundvoraussetzung für ein Ende des Krieges ist. Ebenfalls stehen wir hinter dem  
141 **Recht Israels auf Selbstverteidigung innerhalb der Grenzen des Völkerrechts** und  
142 verurteilen die andauernden Angriffe auf Israel aus dem Gaza-Streifen durch die  
143 Hamas, dem Libanon durch die Hisbollah, dem Iran durch das iranische Regime oder  
144 seine weiteren von ihm unterstützten Regimen in der Region, der Westbank durch  
145 terroristische Anschläge von palästinensischen Terrorist\*innen und Syrien durch das  
146 Assad-Regime. Von besonderer Relevanz ist es daher auch, dass **die Hamas mindestens**  
147 **handlungsunfähig gemacht wird und als Organisation abgeschafft wird**. Mit der Hamas  
148 ist Frieden nicht möglich!

149 Neben einem Ende des Krieges brauchen wir - trotz der schlechten Situation vor Ort -  
150 langfristige Perspektiven auf einen Frieden in der Region und die Zwei-Staaten-  
151 Lösung. Beide Seiten müssen dafür Kompromisse eingehen und Vertrauen aufbauen. Wie  
152 das gelingen kann, haben wir versucht in einem Antrag aus 2020 detailliert darzulegen  
153 und soll nicht in aller Detailtiefe wiederholt werden. Eine Grundbedingung für  
154 dauerhafte friedenspolitische Lösungen ist, dass auf allen Seiten **unterschiedliche**  
155 **Sichtweisen und Narrative akzeptiert und rote Linien aufgezeigt werden**. Die  
156 Realitäten des Krieges müssen zur Kenntnis genommen werden, ohne körperliche und  
157 verbale Gewalt zu reproduzieren. Das ist ein schmerzhafter Prozess, der nur im Dialog  
158 eine echte Chance bietet, Vorurteile und falsche Annahmen abzubauen. Wichtig ist  
159 dabei, dass die Angst und das Leid der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten anerkannt  
160 und ebendieser mit Empathie begegnet wird. Als einzige realistische Lösung sehen wir  
161 weiterhin eine **Zwei-Staaten-Lösung** an, die den **legitimen Sicherheitsinteressen beider**  
162 **Seiten** Rechnung trägt und auch mit der Methode von sogenannten **Land-Swaps**, dieser  
163 Lösung näherkommt. Mit "Land-Swaps" ist hier der gleichberechtigte Austausch von  
164 gleichwertigem Land gemeint. Aber auch die angrenzenden Staaten in der Region müssen  
165 in einen Friedensprozess mit einbezogen werden. Voraussetzung dafür ist, dass die  
166 Staaten entweder bereits begonnen Friedens- und Anerkennungsprozesse mit Israel  
167 fortsetzen oder starten und die Palästinenser\*innen auf dem Weg zu einem aktiven  
168 Staat mit Ressourcen unterstützen. Dabei muss auch über **Sicherheitsgarantien**  
169 gesprochen werden, um die oben ausgeführten Ängste zu nehmen und echte Verhandlungen  
170 zu ermöglichen.

171 Dazu gehört, dass die Existenz Israels nicht in Frage gestellt oder angegriffen wird.  
172 Langfristig braucht es daher eine **progressive palästinensische Regierung**, welche als  
173 legitime Vertretung aller Palästinenser\*innen angesehen wird, **die Israels**  
174 **Existenzrecht** uneingeschränkt anerkennt. Diese Regierung darf Angriffe aus zum  
175 Beispiel dem Iran, Syrien, dem Libanon oder anderen Staaten niemals dulden oder

176 unterstützen. Um dorthin zu gelangen, braucht es landesweite, gleiche und faire  
177 **Wahlen** und eine nachhaltige **Etablierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einem**  
178 **zukünftigen Staat Palästina**, die nicht von außen aufgezwungen werden dürfen, aber  
179 eine Voraussetzung für ein solches Handeln sind. In einem solchen Staat darf es **keine**  
180 **Terrororganisation** Hamas geben, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, jüdisches Leben  
181 auszulöschen. Ein Ende der Hamas ist daher auch für eine langfristige Friedenslösung  
182 unabdingbar. Auch die „Huthi-Rebellen“, „die Hisbollah“, der „Islamische Dschihad“  
183 und alle weiteren antisemitischen Terrororganisationen stehen Frieden im Weg und  
184 müssen daher bekämpft werden.

185 Aber auch die Sicherheitsinteressen der Palästinenser\*innen müssen Berücksichtigung  
186 finden. Gemeinsam mit unseren Partner\*innen auf israelischer Seite sind wir uns  
187 einig, dass die Regierung Netanjahu enden muss und es eine **progressive Regierung in**  
188 **Israel** braucht, damit eine dauerhafte, friedenspolitische Lösung erreicht werden  
189 kann. Diese Regierung muss ein **Ende der Besatzung im Westjordanland** durchsetzen, so  
190 kann. Diese Regierung muss eine schnellstmögliche Klärung der offenen Grenzfragen mit  
191 Anrainern wie die faktische Annektierung des Golan und ein **Ende der Besatzung im**  
192 **Westjordanland** erreichen, so

193 dass eine palästinensische Selbstbestimmung im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung  
194 möglich wird. Diese Selbstbestimmung steht den Palästinenser\*innen zu und nur diese  
195 kann auch in Israel dauerhaft für Sicherheit sorgen. Wie bereits seit vielen Jahren  
196 **verurteilen wir aufs Schärfste die israelische Siedlungspolitik** und die aktuell  
197 weiter fortschreitende Annektierung von Gebieten durch radikale Siedler\*innen und  
198 fordern ein Ende der Anerkennung der Siedlungsgebiete durch die israelische Regierung  
199 sowie die Rückgabe selbiger. Illegal annektiertes Land muss ebenfalls zurückgegeben  
200 oder im Rahmen von „Land-Swaps“ gelöst werden.

201 **Wie wir zum Nahostkonflikt und im Willy-Brandt-Center Jerusalem arbeiten**  
202 Als Jusos wollen wir uns zum Nahostkonflikt direkt engagieren und in der Breite  
203 politisch sprachfähig sein. Das **Willy-Brandt-Center Jerusalem (WBC)** bleibt dabei  
204 weiterhin der wichtigste Ort, um diese beiden Ziele zu erreichen. Es wurde geschaffen  
205 für den trilateralen Dialog zwischen progressiven Kräften aus Israel, Palästina und  
206 Deutschland. Dennoch befindet sich das Willy-Brandt-Center nach der Covid 19-Pandemie  
207 und nun während dem Nahostkrieg in einer Übergangszeit.

208 Das wichtigste Prinzip für unsere Arbeit zum Nahostkonflikt bleibt das der **doppelten**  
209 **Solidarität**. Doppelte Solidarität stellt an uns Jusos mindestens die Anforderung,  
210 beide Perspektiven im Konflikt mitzudenken und in unserem Engagement sowie in unseren  
211 Positionierungen zu berücksichtigen. Alleine dieser Aspekt unterscheidet uns bereits  
212 von vielen Akteur\*innen innerhalb der politischen Landschaft, die seit dem 7. Oktober  
213 zunehmend in Polarisierung und Lagerdenken abgleiten. Das wichtigste Instrument zur  
214 Umsetzung der doppelten Solidarität und ein zentraler Anspruch an unsere Arbeit  
215 bleibt dennoch der **direkte, trilaterale Dialog im Rahmen des Willy-Brandt-Centers**. In  
216 diesem Geist wurde das Willy-Brandt-Center in den 90er-Jahren gegründet und darin  
217 liegt seine zentrale Aufgabe. Der trilaterale Dialog ist einerseits Selbstzweck zur  
218 Förderung des Friedens vor Ort und bildet zudem die beste Grundlage unserer  
219 Positionsbildung im Hinblick auf Israel und Palästina.

220 In der politischen Realität des Konflikts zeigt sich aber, dass die trilaterale

221 Arbeit großen Widerstandskräften ausgesetzt ist. Derzeit sind die ideologischen  
222 Gräben zu tief und die politischen Risiken für die Beteiligten vor Ort zu hoch. **Es**  
223 **kann daher Situationen geben, in denen eine trilaterale Abstimmung trotz aller**  
224 **Bemühungen nicht möglich ist.** Zum einen kann es Situationen geben, in denen wir nicht  
225 auf beiden Seiten vergleichbare Beziehungen mit progressiven politischen  
226 Partner\*innen haben. Zum anderen kann es auch bei bestehenden Partner\*innen Fälle  
227 geben, in denen wir uns ohne eine Abstimmung mit unseren Partner\*innen positionieren  
228 wollen.

229 Wichtig bleibt für uns, dass wir dennoch unsere eigene Rolle als nicht beteiligte  
230 Partei, als **“Third Party”** beachten. Wir haben nicht die politischen Fähigkeiten, den  
231 Konflikt zu lösen, aber unser Handeln trägt das Potential, Schaden vor Ort  
232 anzurichten, deren Konsequenzen nicht wir, sondern die Beteiligten spüren. Daraus  
233 ergibt sich die Pflicht, sachorientiert und abwägend zu handeln und uns  
234 dementsprechend zu äußern (**“Do no harm”**). Dennoch haben wir als politische  
235 Jugendorganisation ein legitimes, eigenes Interesse daran, uns im Hinblick auf einen  
236 der problematischsten und folgenreichsten internationalen Konflikte äußern zu können.

237 Um all dem gerecht zu werden, sollen jeder Positionierung durch uns **umfassende**  
238 **Bemühungen zur Konsultation mit unseren Partner\*innen** vorausgehen. Zudem haben nicht  
239 alle Fragen in Israel und Palästina die gleichen internationalen Auswirkungen und  
240 insofern steht uns umso weniger eine Einschätzung zu, ohne die Partner\*innen  
241 umfassend zu konsultieren. Besondere Zurückhaltung und Sensibilität gilt daher bei  
242 vorwiegend innenpolitischen Fragestellungen.

243 Wir sind uns außerdem bewusst, dass nicht alle Landesverbände, Bezirke und  
244 Unterbezirke zu allen Zeiten den gleichen Zugang zum Willy-Brandt-Center und zu  
245 unseren Partner\*innen haben können. Dies kann allerdings nicht zur Folge haben, dass  
246 dort keine Meinungsbildung zum Konflikt stattfinden kann. **Der Juso Bundesvorstand hat**  
247 **hier eine entscheidende Vermittlungsrolle und muss für Fragen des Konflikts**  
248 **ansprechbar sein.** Dennoch: Wo immer dies möglich ist, muss der direkte Austausch mit  
249 unseren Partner\*innen erfolgen, um eine von den Realitäten vor Ort losgelöste  
250 Diskussion zu vermeiden. Wir sind uns bewusst, dass wir in Deutschland aus einer  
251 beschränkten Perspektive über den Konflikt nachdenken und es eine stetige Aufgabe  
252 bleibt, diese Perspektive zu erweitern.

253 **Wie wir Auswirkungen des Konflikts in Deutschland begegnen**

#### 254 **1. Antisemitismus**

255 Wir Jusos positionieren uns ganz klar gegen jede Form von Antisemitismus, wie es auch  
256 im Beschluss von 2019 festgehalten ist. Uns ist bewusst, dass der aktuell offenbarte  
257 Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft im direkten Zusammenhang mit den  
258 Angriffen des 07. Oktobers 2023 steht. Das Existenzrecht und das  
259 Selbstverteidigungsrecht Israels sind für uns nicht verhandelbar. Wir stehen zur  
260 deutschen Staatsraison und zu Israel als dem einzigen Schutzraum für Jüdinnen\* und  
261 Juden weltweit. Dazu gehört auch, dass wir uns entschieden gegen den Antisemitismus  
262 in Deutschland stellen und jeden Form des Antisemitismus zurückweisen. Wir wollen den  
263 Antisemitismus in seiner Komplexität verstehen und gleichzeitig die Vielfalt  
264 jüdischen Lebens in Deutschland sichtbar machen. Der Dialog mit (potentiellen)  
265 Partner\*innenorganisationen ist dabei essentiell für uns. Besonders besorgt sind wir  
266 über die aktuelle Situation an deutschen Hochschulen: Wenn Jüd\*innen sich dort nicht

267 mehr in Sicherheit aufhalten können, Forderungen nach dem Boykott von israelischen  
268 Wissenschaftler\*innen laut werden und jedweder Diskurs verweigert wird, stellen wir  
269 uns an die Seite der Betroffenen und üben geschlossene Kritik. Die Zunahme von Gewalt  
270 gegenüber Jüdinnen\* und Juden an Hochschulen, die Blockade von Eingängen, um  
271 Jüdinnen\* und Juden von den Hochschulen auszuschließen und weitere antisemitische  
272 Aktionen dürfen nicht unbeantwortet bleiben. Die schreckliche Realität für Jüdinnen\*  
273 und Juden an Hochschulen wird deutlich, wenn wir uns vor Augen führen, dass sie  
274 Sicherheitstrainings absolvieren müssen, um sich sicherer in den entsprechenden  
275 Räumen aufhalten zu können. Dieser Zustand ist nicht haltbar und erfordert eine  
276 konsequente Reaktion aller deutschen Hochschulen.

## 277 **2. (Antimuslimischer) Rassismus**

278 Wir Jusos stellen uns konsequent gegen jede Form von Rassismus. Besonders häufig  
279 sind in Deutschland muslimisch gelesene und migrantisierte Menschen von rassistischer  
280 Diskriminierung betroffen. Dieser Rassismus drückt sich seit dem 7. Oktober verstärkt  
281 dadurch aus, dass Betroffene pauschal für die Gräueltaten der Hamas verantwortlich  
282 gemacht werden. Menschenverachtenden Forderungen nach Abschiebungen, die auch über  
283 rechte Akteur\*innen hinaus immer wieder formuliert werden, erteilen wir eine  
284 deutliche Absage. Unser Ziel ist es (antimuslimischen) Rassismus in seiner  
285 Komplexität zu verstehen und die Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland stärker  
286 sichtbar zu machen. Dafür suchen wir den Austausch mit unseren (potentiellen)  
287 Partner\*innenorganisationen. Besonders besorgt sind wir über die Berichte exzessiver  
288 und unverhältnismäßiger Polizeigewalt, sowie das zunehmende Racial Profiling  
289 gegenüber muslimisch gelesenen und migrantisierten Menschen, insbesondere auf  
290 (friedlichen) pro-palästinensischen Demonstrationen. Dabei stellen wir uns an die  
291 Seite der Betroffenen und kritisieren dies entsprechend konsequent.

## 292 **3. Der aktuelle gesellschaftliche Diskurs**

293 Wir Jusos sehen den aktuellen innerdeutschen Diskurs zur Lage im Nahen Osten mit  
294 großer Sorge. Insbesondere lehnen wir das eindimensionale Schwarz-Weiß-Denken ab, das  
295 - auch in der politischen Linken - Menschen pauschal für die Taten der Hamas oder das  
296 Handeln der israelischen Regierung verantwortlich macht. Durch einen vergifteten  
297 Diskurs ziehen sich differenzierte Stimmen zurück. Dem wollen wir eine faktenbasierte  
298 und sachliche Analyse des Konfliktes entgegenstellen, die wir auch konsequent in  
299 unseren zivilgesellschaftlichen Bündnissen und internationalen Dachorganisationen  
300 vertreten. Hier sehen wir den Verband in der Verantwortung Vorbild in der  
301 Debattenkultur zu sein. Wir wollen einen wertschätzenden und respektvollen Austausch  
302 nach innen wie nach außen.